



ver.di • Paula-Thiede-Ufer 10 • 10179 Berlin

An die Mitglieder und stellv. Mitglieder des  
Ausschusses für Gesundheit  
aus den Fraktionen CDU/CSU, SPD, Bündnis  
90/Die Grünen, Die Linke

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Vorsitzender Frank Werneke**

vorsitzender@verdi.de Zentrale: 030 / 6956-0

www.verdi.de

18. Juni 2026

## **GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz: Keine Reformen zu Lasten Beschäftigter und der Versorgung**

Unsere Zeichen:  
FW/SB

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vor der Beratung des GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetzes am 22.06. im  
Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages fordern wir Sie nachdrücklich  
auf, dem Gesetz in seiner jetzigen Form nicht zuzustimmen.

Mit dem Gesetz drohen massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für  
Beschäftigte im Gesundheitswesen. Auch die Auswirkungen auf gesetzlich  
Versicherte und GKV-Beschäftigte wären enorm. Schließlich wäre die  
flächendeckende Krankenhausversorgung in erheblichem Maße gefährdet.

In den vergangenen Jahren war es ein explizites politisches Ziel, die Arbeit im  
Gesundheitswesen durch Aufwertung und ausreichendes Personal attraktiver zu  
machen. Dieses wichtige versorgungspolitische Ziel darf nicht in Frage gestellt  
werden.

Die vorgesehene Deckelung des Pflegebudgets würde verhindern, dass Kliniken, die  
noch immer über zu wenig Pflegepersonal für eine bedarfsgerechte Pflege verfügen,  
notwendiges zusätzliches Personal aufbauen können. Pflegepersonaluntergrenzen  
wurden ausschließlich eingeführt, damit Patient\*innen nicht zu Schaden kommen.  
Das Personalbemessungsinstrument PPR 2.0 muss daher weiterhin Maßstab für eine  
ausreichende Personalausstattung sein.

Fatal ist auch, dass künftig Tarifsteigerungen in Krankenhäusern,  
Rehabilitationseinrichtungen, in psychiatrischen Kliniken, im Rettungsdienst sowie in  
der ambulanten Pflege nicht mehr vollständig refinanziert werden sollen. Für  
Krankenhäuser wurde die vollständige Tarifrefinanzierung erst 2024 eingeführt, um  
diese wirtschaftlich zu entlasten.

Die insgesamt vorgesehen Kürzungen für die Krankenhäuser stehen nicht nur im  
völligen Widerspruch zur gerade angelaufenen Krankenhausreform, sondern  
gefährden ganze Standorte und damit viele Arbeitsplätze.

In vielen Regionen sind Krankenhäuser ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, sodass bei Standortschließungen weitere wirtschaftliche Konsequenzen drohen. Vor dieser drohenden Verschlechterung der Gesundheitsversorgung warnen auch Länder und Kommunen eindringlich. Eine solche Entwicklung trägt zur Verunsicherung bei. Die Menschen in unserem Land müssen sich auf eine gute Daseinsvorsorge verlassen können.

In den letzten Wochen haben sich gegen diese Pläne tausende Beschäftigte und Auszubildende aus dem Gesundheitswesen erhoben und ihren entschiedenen Protest zum Ausdruck gebracht. Sie sind nicht bereit, die Konsequenzen einer verfehlten Gesundheitspolitik auszubaden.

Alternativen für eine auskömmliche GKV-Finanzierung liegen auf dem Tisch: Die Finanzkommission Gesundheit hat eine Vielzahl von Reformvorschlägen unterbreitet. Ein zentraler Baustein ist die vollständige Übernahme versicherungsfremder Leistungen aus Steuermitteln. Dieser wurde von der Bundesregierung bedauerlicherweise bisher nicht aufgegriffen.

In seiner jetzigen Form weist der Gesetzentwurf eine eklatante soziale Schieflage zu Lasten von Beschäftigten im Gesundheitswesen und der GKV, Versicherten und Patient\*innen auf. Diese Reform ist ein Spiel mit dem Feuer.

Wir fordern Sie aus diesen Gründen auf, dem Gesetzesentwurf in seiner jetzigen Form nicht zuzustimmen und sich dafür einzusetzen, dass zentrale Korrekturen daran vorgenommen werden:

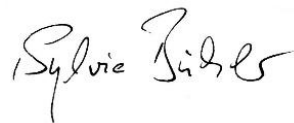
- 1) Das Pflegebudget muss auch künftig gewährleisten, dass eine bedarfsgerechte Personalausstattung möglich ist. Eine Deckelung, wie sie der Entwurf des Beitragsstabilisierungsgesetzes vorsieht, darf es deshalb nicht geben.
- 2) Tariflöhne müssen weiterhin vollständig refinanziert werden.
- 3) Die Bundesregierung muss ihrer politischen Verantwortung zur Übernahme versicherungsfremder Kosten der GKV endlich vollumfänglich nachkommen.

Vor der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 22. Juni werden wir als Gewerkschaft für das Gesundheitswesen ab 12 Uhr mit einer Fotoaktion auf den Treppen zwischen Reichstagsgebäude und Spree (Nähe Reichstagsingang Nord) gegen das geplante GKV-Beitragsatzstabilisierungsgesetz protestieren. Wir laden Sie herzlich ein, hier mit Beschäftigten ins Gespräch zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Werneke  
Vorsitzender



Sylvia Bühler  
Bundesvorstandsmitglied